nicht möglich. Sie mache es unmöglich, den Betrieb wieder auf die alte Höhe zu bringen. Erfreulicherweise sei eine erhebliche Steigerung der Leistungen und der Willigkeit des Eisenbahnpersonals zu verzeichnen. Die mangelhafte Wagenstellung habe ihren Grund vornehmlich in dem Fehlen ausreichend leistungsfähiger Lokomotiven. Was die Tariferhöhung betreffe, so habe die letzte nicht nur eine Steigerung des Verkehrs, sondern auch der Einnahmen, und zwar um hundert Prozent, gebracht. Die Reichseisenbahnverwaltung könne jedoch nicht gesunden, wenn sie nicht vom Reichsfinanzminister loskomme, sie müsse finanzielle Autonomie erhalten. Die Tariferhöhung müßte kommen, sonst werde eine Deckung des Defizits der Reichseisenbahn nicht möglich sein. Man beabsichtige, durch die Tariferhöhung zwei Drittel und durch Sparsamkeitsmaßnahmen ein Drittel des Defizits zu decken. In welchem Maße eine Ausgestaltung des Eisenbahnverkehrs möglich sein werde, hänge von der Entwicklung der Lokomotivfrage ab. Er selbst schenke den Dingen stärkstes Interesse und verfolge u. a. den Plan, ganze Schlafwagenzüge mit größter Beschleunigung zwischen den großen Verkehrszentren einzurichten.

Simons und die Kriegsentschädigung

Keine unerfüllbare Verpflichtung.

Im Hauptausschuß des Reichstages gab der Reichsaußenminister Dr. Simons einen genauen Überblick über die bisherigen Verhandlungen mit der Entente und die Gründe, die für ein Eingehen auf den Vorschlag einer Festsetzung von Annuitäten für fünf Jahre maßgebend gewesen sind. Er betont, daß wir auf die Festsetzung der Gesamtschuldsumme, die Deutschland nach dem Friedensvertrag bis zum 1. Mai d. J. erwarten dürfe, nur verzichten können, wenn wir uns vorher mit den Gegnern über die Erleichterungen der uns auferlegten Last verständigt haben, über die wir in Brüssel zu verhandeln begannen. Kommt es nicht zu einer Verständigung über die bekannten Voraussetzungen unserer Leistungsfähigkeit und über die Methode der Leistung, so muß es bei der Festsetzung der Gesamtschuld zum 1. Mai sein Bewenden haben, da die deutsche Regierung ein unbilliges Diktat einer unerfüllbaren Verpflichtung vorziehen würde. Auf der anderen Seite dürfe die Regierung nicht versäumen, was der Zusammenarbeit mit den bisherigen Gegnern zur gemeinsamen Wiederherstellung der europäischen Finanz- und Wirtschaftskraft dienlich sein könnte. Sie müsse ebenso wie ihre Gegner sich durchdringen lassen von dem Bewußtsein der Interessensolidarität.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Bürgerlicher Wahlsieg in Lippe.

Bei den Wahlen zum Lippeschen Landtag wurden abgegeben für die Deutschnationalen 17 600 Stimmen. (Bei den letzten Reichstagswahlen 18 000.) Für die Deutsche Volkspartei 15 200 (18 000), für die Demokraten 8800 (8600), für den Gewerkschaftsbund 4400, für die Mehrheitssozialdemokraten 25 400 (23 000), für die Unabhängigen 2400 (6000), für die Kommunisten 3400. Nach diesem Ergebnis ist die bisher im Lippeschen Landtag bestehende sozialistische Mehrheit gebrochen. Von 21 Abgeordneten entfallen auf die Sozialdemokraten 7, die Demokraten 2, die Deutschnationalen 5, die Volkspartei 4, die Gewerkschaften 1, die Kommunisten 1. Die Unabhängigen gehen ohne Mandat aus. Sie haben ihre Stimmen größtenteils an die Kommunisten verloren, 1 Mandat steht noch aus, bis die Ergebnisse der brieflichen Wahl, die zum ersten Mal in Deutschland durch Lippe eingeführt ist, bekanntgegeben werden.

Demokratie und Regierungsbildung.

In einer demokratischen Wählerversammlung in Magdeburg hat der Vorsitzende der demokratischen Partei, Senator Dr. Petersen (Hamburg), folgende programmatische Erklärung abgegeben: „Sollte bei den Preußenwahlen von den gegnerischen Parteien der Wahlkampf wieder wie bei der letzten Reichstagswahl geführt werden, so lehnt es die Demokratische Partei ab, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen. Die Demokraten werden dann vorziehen, sich von der Zuschauerloge aus die Dinge anzusehen."

Franzosen auf der Waffensuche.

In Königsberg i. Pr. kam es zu einem peinlichen Vorfall, der noch durch eine Untersuchung geklärt werden muß. Der Ententekommission war mitgeteilt worden, daß in einem militärischen Gebäude der Festung Königsberg sich noch Waffen in großer Anzahl befänden die seinerzeit nicht ausgeliefert worden seien. Englische und französische Offiziere begaben sich mit dem deutschen Verbindungsoffizier nach dem Gebäude. Da der Schlüssel nicht zur Stelle war, schlugen die Franzosen trotz des Einspruchs des deutschen Offiziers das Tor mit der Axt ein, durchsuchten die Räume, erklärten das vorgefundene Gerät für beschlagnahmepflichtig und kündigten eine Untersuchung an.

Amerika.

× **Kanonen als Freundschaftsgeschenk.** Der amerikanische Abgeordnete Porter, Präsident des Komitees für auswärtige Angelegenheiten, brachte ein Gesetz ein, das den Präsidenten der Vereinigten Staaten ermächtigen soll, eine gewisse Menge von Kanonen und Munition der Regierung von Portugal als weiteren Beweis von Freundschaft zu überweisen.

Aus In- und Ausland.

London. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß das Kabinett entschlossen sei, die britische Militärmission in Berlin unter General Malcolm in der nächsten Zeit aufzulösen.

Paris. Nach einer Meldung aus Bukarest findet die Hochzeit der Prinzessin Elisabeth von Rumänien mit dem griechischen Kronprinzen in der zweiten Woche des Februar statt

Deutscher Reichstag.

CB. Berlin, 25. Januar.

In der heutigen Sitzung, die wiederum nur von wenigen Abgeordneten besucht war, wurden zunächst eine Reihe kleiner Anfragen behandelt. U. a. fragte Abg. Frau Dr. Matz (Deutsche Vp.) nach der Herbeiführung gleicher Schulgattungen und gleicher Lehrkräfte in den einzelnen deutschen Ländern und gegenseitige Anerkennung der Zeugnisse. Von der Regierung wird geantwortet, das Reichsministerium des Innern sei für Herbeiführung der Vereinheitlichung, ebenso der Ausschuß des Reichsschulrats. Dieser Ausschuß werde sich demnächst mit der Angelegenheit beschäftigen.

Die Strafverfolgung gegen den Abg. Erzberger.

Nachdem das Haus die beantragte Erlaubnis zur Strafverfolgung gegen den Abg. Düwell (Komm.) verweigert hatte, erstattete Abg. Dr. Kahl (Deutsche Volksp.) den Bericht des Ausschusses zur Frage der Aufhebung der Immunität bei dem Strafverfahren gegen den Abg. Erzberger. Der Ausschuß hat sich einstimmig für die Zulassung des Strafverfahrens ausgesprochen. Der Ausschuß war übereinstimmend der Ansicht, die Immunität dürfe nicht schablonenmäßig behandelt, sondern je nach dem einzelnen Fall behandelt werden. Die Immunität sei keine Angelegenheit des einzelnen Abgeordneten, das Haus an sich sei Träger der Immunität. Im Gerichtsverfahren gegen Dr. Helfferich seien fünf Fälle wissentlichen oder fahrlässigen Meineids seitens Erzbergers behauptet worden. Die Würde und Ehre des Hauses erfordere die Aufklärung. Auch das Zentrum sei mit dem Verfahren einverstanden.

Abg. Geyer-Leipzig (Komm.) bezeichnete den Vorschlag als ein infernalisches Produkt der Hetze durch die sogenannten nationalen Parteien gegen den Abg. Erzberger und erklärte sich gegen die Zustimmung.

Abg. Ledebour (U. Soz.) schließt sich dieser Erklärung an und ist ebenfalls gegen die Zulassung der Strafverfolgung.

Abg. Dr. Düringer (Deutschnat.) wendet sich gegen den Vorwurf der Hetze durch die Rechtsparteien. Die Hetze werde vielmehr von Links betrieben. Auf der Rechten müsse man jeden Augenblick auf Attentate gefaßt sein.

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.) stellt fest, daß das Zentrum den Abg. Erzberger nicht etwa fallen lassen wolle. Abg. Erzberger habe die Untersuchung selbst gewünscht im Interesse seiner selbst wie im Interesse seiner Fraktion, damit bald Klärung geschaffen werde.

Abg. Dr. Boy (Komm.) führt aus, wenn Abg. Erzberger den behaupteten Meineid zugunsten der Rechten geleistet, würden die Rechtsparteien Widerspruch gegen die Strafverfolgung erhoben haben.

Abg. Waldstein (Dem.) teilt die Ansicht des Abg. Dr. Boy nicht. Im übrigen habe die Mehrheit nicht den geringsten Grund, sich für den Abg. Dr. Helfferich einzusetzen.

Im Schlußwort betonte der Abg. Dr. Kahl (D. Volksp.), daß von den Steuerangelegenheiten des Abg. Erzberger im Ausschuß nicht im geringsten die Rede gewesen sei. Der Ausschuß war sich aber klar, daß über den ganzen Zusammenhang im Interesse unseres öffentlichen Lebens Klarheit notwendig sei.

Das Haus genehmigte nunmehr mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten und Unabhängigen die Einleitung des Strafverfahrens gegen den Abg. Erzberger.

Die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Bruhn (Deutschnat.) wird abgelehnt. Der Gesetzentwurf über die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts von 1920 und der Ergänzung hierzu wurde ohne Auseinandersetzung an den Ausschuß verwiesen. Sodann kam man zu der weiteren Beratung des Haushalts des Reichsjustizministeriums und der damit verbundenen von den Unabhängigen und Kommunisten eingebrachten

Interpellation wegen des Amnestie-Erlasses.

Reichsjustizminister Dr. Heinze erklärte sich zu einer ausführlichen Beantwortung der gestrigen Ausführungen des Abg. Remmele (Komm.) bereit, der die jetzige Strafrechtspflege scharf angegriffen hatte. Der Neuaufbau unseres Landes bedingt, so führte der Reichsjustizminister aus, in erster Linie den Wiederaufbau der Rechtspflege. Wie wir nach außen den Kampf um unser Recht führen, so müssen wir auch im Innern das Vertrauen zum deutschen Rechte wieder herstellen. Das Reichsjustizministerium muß im Mittelpunkte der deutschen Rechtspflege stehen. Die Kriminalistik ist gewachsen, und das Volk hat sich dem Rechtsbewußtsein entzogen, weil wir während des Krieges eine Überproduktion an Gesetzen hatten, und die einzelnen Bestimmungen dem Volke entfremdet wurden. Die Gesetzgebung muß weniger verwickelt gestaltet werden, sie muß zum Teil völlig abgebaut werden. Es gilt die Moral zu heben, das Rechtsbewußtsein muß dem Volke wieder in Fleisch und Blut übergehen. Die Justizgesetze müssen aber mit dem Rechtsbewußtsein übereinstimmen. Ein Zuviel der Gesetze muß vermieden werden. Die Angriffe gegen die Praxis der Gerichte richten sich kaum gegen die Ziviljustiz, das haben wir bei der gestrigen Interpellation gesehen. Der Fall Marlow ist auf ein Kriegsgerichtsurteil zurückzuführen. Gegen den General Ludendorff hat sich nichts Bestimmtes ergeben. Gegen den Leutnant Vogel usw. ist auf Grundlage der neuen Aussagen des Jägers Runge ein neues Verfahren eingeleitet worden. Das Kammergericht hat die Amnestie gegen den Leutnant Vogel für unzulässig erklärt. Die Gerichte müssen umgebaut werden, damit sie in eine enge Verbindung mit dem Volksempfinden kommen. Einer völligen Neuaufrichtung unseres Gerichtswesens kann ich aber nicht das Wort reden. Volksrichter halte ich nicht für geeignet. Denn ein Richter muß doch das Gesetz kennen. Außerdem muß er kühl und unvoreingenommen jeder Sache gegenüber stehen. Das kann nur der geschulte Richter. Die Tätigkeit des Reichsjustizministeriums erstreckt sich auf alle Gebiete der Rechtspflege, besonders auch auf den Entwurf zur Ausgestaltung der Strafrechtspflege, auch auf den Entwurf eines neuen Reichsstrafvollzugsgesetzes.

Das Bürgerliche Gesetzbuch wird einschneidende Änderungen erfahren.

Vereinsrecht, Mietsrecht, Dienstvertrag, Mobiliar, Hypotheken erheischen baldige Umgestaltung. Die Gesetze über die Unterhaltung der unehelichen Kinder, über die Vorlegung der Bilanz an die Betriebsräte und über die Vertretung der Betriebsräte in den Aufsichtsräten werden dem Hause demnächst zugehen. Im Strafprozeß muß unter Zugrundelegung der bestehenden Gesetze etwas Neues aufgebaut werden. Es muß mit dem Grundsatz der Sondergerichte gebrochen werden. Ich warne vor der Anregung, für die Arbeiterschaft Sondergerichte zu schaffen. Zwischen Prozeß und Rechtsstreitigkeiten muß ein Unterschied gemacht werden. Für minderwertige Angelegenheiten darf nicht der ganze große Instanzenzug zur Anwendung kommen. Daher muß das Einzelrichtertum mehr ausgebildet werden und von allen Nebenarbeiten entlastet werden, die der Gerichtsschreiber machen kann. Auch das Rechtsmittel der Revision muß umgestaltet werden. Auch bei der Zivilrechtspflege wollen wir gewisse Änderungen treffen. Eingehende Vorarbeiten sind im Gange. Da die Gerichte aber nicht bis zu jener großen Justizreform warten können, werden wir dem Hause zunächst erst eine Entlastungsreform wegen der Überlastung der Gerichte vorlegen, was bis übermorgen der Fall sein wird. Ich bitte, diesem Entwurf ohne Parteirücksichten zuzustimmen. Desgleichen wird ein Gesetz über Jugendpflege dem Hause zugehen.

Der Reichsjustizminister besprach sodann die Tätigkeit der Wuchergerichte und wies den Vorwurf zurück, daß die Amnestie die Linke benachteilige. Weiter erörterte der Reichsjustizminister die Auslieferungsverträge usw. Was die

Kriegsverbrecher

anlangt, so handelt es sich jetzt nur noch um 45 Personen auf der dritten Liste. Diese Fälle sollen ganz genau untersucht werden, wie es in Spa vereinbart wurde. In 32 Fällen sind bereits im August Ersuchen um Belastungsmaterial an die fremden Regierungen ergangen. Jetzt, wo Jahre verstrichen sind, ist es schwer, Klarheit zu schaffen, zumal die Zeugen fast alle im Auslande wohnen. Dann aber, sobald die Aussagen vorliegen, werden erst neue Schwierigkeiten erwachsen, die wir jetzt noch gar nicht übersehen können. Nur England hat bisher seine Fälle erledigt. Die englischen Zeugenaussagen sind aber nicht so abgefaßt, daß sie gerichtlich verwendet werden können. Wir haben uns deshalb bereit erklärt, einen Vertreter des Reichsanwalts ins Ausland zu senden, um die dortigen Regierungen über die Erfordernisse ihrer Prozeßführung aufzuklären. Nach England reist ein Vertreter bereits in der nächsten Tagen ab. Wir haben also alles getan, um die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Vorwurf der Verschleppung trifft uns also nicht.

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Für die Nichtansässigen.

Die Realerungskommission in Oppeln hat folgende für die Abstimmung wichtige Entscheidungen getroffen, sie den beiden Vertretern des deutschen und des polnischen Plebiszitkommissariats mitgeteilt und sie ermächtigt, die Bestimmungen zu veröffentlichen:

1. Alle Stimmberechtigten der Kategorie B (gebürtige aber nicht ansässige Personen) erhalten von dem paritätischen Ausschuß eine Benachrichtigung, ob sie in die Stimmliste eingetragen sind oder nicht, und zwar durch die Post gegen Rückschein.

2. Für die Schreibweise der Namen wird am besten die auf der Geburtsurkunde gewählt. Im übrigen sollen die paritätischen Ausschüsse in dieser Frage nicht peinlich genau, sondern entgegenkommend sein. Es soll ausreichen, wenn durch die Schreibweise der Klang des Namens wiedergegeben wird.

3. In dem Antrag auf Eintragung in die Stimmliste (Kategorie B, Anlage 1 der Vorlistenvorschriften) ist unter Nr. 15 anzugeben das Datum, an dem der Stimmberechtigte seinen Wohnort in Oberschlesien verließ. Eine ungefähre Angabe des Zeitpunktes genügt, wenn eine genauere Angabe nicht möglich ist.

Endlich erklärt sich die Abstimmungskommission damit einverstanden, daß die Eintragungen der Abstimmungsgäste durch die Organisationen des deutschen und des polnischen Plebiszitkommissariats den paritätischen Ausschüssen übermittelt werden.

•

Vorbereitungen der Eisenbahn.

Von zuständiger deutscher Seite wird erklärt, daß für die Beförderung der im Reiche wohnenden abstimmungsberechtigten Oberschlesier, von denen sich bisher 216 000 gemeldet haben, welche Zahl sich aber noch erheblich vermehren dürfte, bereits die Vorbereitungen bis in alle Einzelheiten getroffen sind. Nieder- und Mittelschlesien werden etwa zweihundert Sonderzüge für die Abstimmungsberechtigten in Schlesien stellen. Für jedes Bedürfnis, auch das der gebrechlichen Personen, ist gesorgt. Sämtliche schlesischen Eisenbahnstationen werden als Versorgungs- und ärztliche Etappenorte eingerichtet. In Breslau, dem Hauptdurchgangsort für die Abstimmung, stehen sämtliche Schulen und Säle sowie jede verfügbare Gelegenheit zu Massenquartieren zur Verfügung.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Beilegung des Zwischenfalls im Löwe-Werk.) In zwei Versammlungen nahm die Belegschaft der Fabrik von Ludwig Löwe den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses an, worauf der Betriebsrat sofort mit der Direktion in Verhandlungen über die Wiedereröffnung des Betriebes trat. Diese dürfte demnach in den nächsten Tagen erfolgen.

Wien. (Streikfieber.) Wien ist wieder von zahlreichen Streiks bedroht. Die Hausbesorger verlangen die Einführung des Haustürschlüssels. Sie wollen ihre Bezüge ausschließlich durch Kollektivverträge mit den Hausherren geregelt sehen. Sie stellen in Aussicht, die Häuser ganz einfach offen zu lassen und nichts zu reinigen, falls ihre Forderungen nicht bewilligt werden. — Spät abends wurde ein angedrohter Streik der Fachschullehrer an den Landesschulen beigelegt. Die Kommunalbeamten verlangten eine sofortige Auszahlung von 2000 Kronen als Aushilfe, die ihnen bewilligt werden mußte.

Finanzminister Heldt über Sachsens Finanznöte.

Ein Vertreter des Dammertverlages hatte eine Unterredung mit dem sächsischen Finanzminister Heldt, der sich über die Finanzlage Sachsens ungefähr folgendermaßen äußerte:

Bei meinem Amtsantritt habe ich eine ganze Reihe von Ausgaben vorgefunden, die die Volkskammer bewilligt hatte, ohne gleichzeitig für Deckung zu sorgen. Es wird daher in Zukunft nichts anderes übrig bleiben, als selbst notwendige Wünsche zurückzustellen. Die Beamtengehälter müssen unter allen Umständen aus laufenden Einnahmen bestritten werden. Allein, um die Beamtengehälter zahlen zu können, braucht Sachsen 600 Millionen Mark. Dazu kommen noch die Löhne für die Staatsarbeiter, die in dieser Summe nicht einbegriffen sind. Wir werden deshalb nicht daran vorbeikommen, eine Revision der Ausgaben für Kulturzwecke, die nicht dringend notwendig sind, vorzunehmen. Daher wird es sich wohl nicht vermeiden lassen, daß die Ausgaben für die Landestheater eingeschränkt werden. Die beiden Landestheater haben ein Defizit von nahezu 7 Millionen Mark, wovon etwa dreiviertel auf die Landesoper entfallen. Auch die persönlichen Schulkosten, die ungefähr 270 Millionen Mark jährlich erfordern, kann der Staat unmöglich allein tragen, deshalb müssen die Gemeinden an der Tragung der Kosten teilnehmen.

Für die neuen Beamtenforderungen ist keine Deckung vorhanden. Da, wie gesagt, die hauptsächlichsten Einnahmen auf das Reich übergegangen sind, wird das Reich die dadurch entstehenden Kosten tragen müssen. Nach den Vereinbarungen, die zuerst getroffen waren, hätten die letzten Beamtenforderungen für Sachsen eine Belastung von 74 Millionen Mark gebracht. Diese Summe ist aber durch die neuesten Beschlüsse auf 87 Millionen angewachsen. Die anderen Länder haben erklärt, daß sie diese neue Erhöhung nicht zu tragen vermöchten, infolgedessen ist also erst recht Sachsen nicht imstande, diese Lasten auf sich zu nehmen, denn der sächsische Etat wird im Gegensatz zu andern Ländern mit einem Defizit abschließen. Daß es daher nicht noch größere Lasten auf sich nehmen kann, liegt auf der Hand. Hinzu kommt, daß wir in Sachsen die höchsten Ausgaben für die Erwerbslosen-Unterstützungen haben, die außerdem noch höher werden dürften, als sie jetzt schon sind. Wenn wieder ein Konjunkturrückschlag eintritt, dann wird es noch schlimmer als wie im vergangenen Jahr. Denn damals hatte die Industrie noch Aufträge für ungefähr zehn Monate, während jetzt nur Aufträge für ungefähr drei Monte vorhanden sind. An eine Abwanderung der Industriearbeiter in andere Berufsarten, z. B. in die Landwirtschaft ist nicht zu denken, da die sächsische Landwirtschaft, im Verhältnis zu anderen Ländern, ganz minimal ist. Um wenigstens einige Mehreinnahmen für den Staat zu schaffen, wird eine Reform der Grundsteuer vorgenommen werden. Es wird sich ferner auch eine Reform der Gewerbesteuer nicht umgehen lassen, und ebenso müssen auch aus der Stempelsteuer größere Beträge herausgeholt werden. Doch hiervon werden auch den Gemeinden größere Anteile zugewiesen werden müssen, da auch diese in großer Not sind. Neue indirekte Steuern sind aber ganz unmöglich, da sie, noch besonders in heutigen Zeiten, ganz unsozial wirken.

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 27. Januar 1921.

Merkblatt für den 27. Januar.

Sonnenaufgang	7^{00}	Mondaufgang	9^{00} N.
Sonnenuntergang	4^{04}	Monduntergang	9^{00} V.

1756 Mozart geb. — 1850 Bildhauer Gottfried Schadow gest. — 1859 Wilhelm II., ehemaliger deutscher Kaiser, geb. — 1901 Komponist Giuseppe Verdi gest.

□ **Erziehung zum Telephonieren.** In einer Veröffentlichung des Reichspostministeriums wird es als Zeitverschwendung getadelt, daß viele Fernsprechteilnehmer die Gewohnheit haben, wenn man sie anruft, bei der Meldung nicht gleich mit ihrem vollen Namen hervorzutreten, sondern zunächst nur ihr Amt und ihre Nummer zu nennen. Der Anrufende wisse dann nicht genau, ob er mit dem

SLUB
Wir führen Wissen.